

Schweiz



Gut gelaunte Frauen im Parlament: Ex-Bundesrätin Doris Leuthard und SP-Ständerätin Pascale Bruderer im März 2017. Foto: Peter Schneider (Keystone)

So schreibt die Presse über Politikerinnen und Politiker

Die 10 meistgenannten Politikerinnen und Politiker
Anzahl Nennungen, 2012–2018

Doris Leuthard	62 462
Christoph Blocher	62 462
Ueli Maurer	54 343
Johann Schneider-Ammann	50 478
Alain Berset	44 018
Simonetta Sommaruga	43 215
Eveline Widmer-Schlumpf	34 208
Didier Burkhalter	33 462
Ignazio Cassis	32 208
Guy Parmelin	22 603

Zu diesen Politthemen wurden Frauen in den Medien zitiert
Zitieranteil in Prozent, 2012–2018

Sozial- und Bevölkerungspolitik	28,1
Landesverteidigung	26,3
Finanz- und Geldpolitik	24,4
Bildungswesen, Kultur-, Medienpolitik	23,1
Institutionen, Parteien und Verbände	22,8
Staats- und Sozialordnung	21,3
Aussenpolitik	21,0
Wirtschaft und Infrastruktur	18,4

Grafik: mre/Quelle: SMD, «Mediale Darstellung von Politiker(innen)», IPZ Universität Zürich

Frauen kommen leicht besser weg

Medienpräsenz Eine breit angelegte Untersuchung zeigt, wie oft und auf welche Art Zeitungen über Politikerinnen und Politiker berichten. Die Befunde überraschen.

Claudia Blumer

Eveline Widmer-Schlumpf rechnete mit den Journalisten ab, als sie zurücktrat. «Wichtige Dinge fallen bei Ihnen immer durch, und Sie konzentrieren sich auf die Kleidung oder die Frisur der Bundesrätinnen», begann sie im Herbst 2015 ihre Medienkonferenz zum Rücktritt und sprach zunächst über eine trockene Materie, das neue Energielenkungssystem.

Viele nehmen das so wahr: Bei Politikerinnen geht es um Äusserlichkeiten, mehr als um den Leistungsausweis, und ihnen werden weniger Kompetenzen attestiert als Politikern. Umso überraschender sind die Befunde einer Studie, die ein Politologenteam der Universität Zürich durchgeführt hat. Sie untersuchten die Berichterstattung über eidgenössische und kantonale Parlamentarierinnen und Parlamentarier in fast allen grösseren Deutschschweizer Zeitungen während sechs Jahren. Und das ist ihr Befund: Politikerinnen kommen in Zeitungen etwa gleich häufig zu Wort wie ihre

Kollegen, wenn man die Sitzanteile im Parlament als Richtwert nimmt. Sie werden nicht schlechter dargestellt, im Gegenteil. Wo es Unterschiede gibt, lassen sie sich meistens erklären.

Aussehen kaum ein Thema

— Tonalität: Untersucht wurde, wie über Politikerinnen berichtet wird. Ob ihnen Führungskompetenzen attestiert werden und ob ihr Aussehen thematisiert wird. Dies wurde mit einem komplexen Algorithmus ermittelt, anhand von Stichwortlisten mit Hunderten von Begriffen. Gesucht wurde etwa nach «kompetent», «intelligent» oder «strategisch», wo es um Führungskompetenzen ging, oder nach «Blondine», «schlank» oder «charmant». Über Frauen wurde nicht schlechter berichtet als über Männer, im Gegenteil. Ihnen wird mehr Integrität attestiert, im Sinne von Vertrauenswürdigkeit und Ehrlichkeit. Dieser Unterschied sei jedoch quantitativ unbedeutend und daher kaum interpretierbar, schreiben die Autoren der Untersuchung.

— Aussehen: Äusserlichkeiten wie Figur oder Haare werden laut der Untersuchung allgemein selten thematisiert. Eine gewisse Diskrepanz gibt es bei der Kleidung. Diese wird bei Politikerinnen häufiger erwähnt als bei Politikern. Das hänge wohl auch damit zusammen, dass der Dresscode für Frauen weniger eng gefasst ist und mehr Individualität lässt, sagt Christopher Huddleston, Mitglied des Politologenteams, das die Untersuchung durchgeführt hat.

— Frauenthemen: Tatsächlich wurden Politikerinnen am häufigsten im Zusammenhang mit sogenannten «weichen» Themen wie Sozial- und Bevölkerungspolitik erwähnt. Doch schon am zweithäufigsten beim Thema Landesverteidigung, gefolgt von Finanz- und Geldpolitik. Es stimmt also nicht, dass Politikerinnen vor allem zu «weichen» Themen sprechen und Politiker zu «harten» wie Finanzen, Wirtschaft und Infrastruktur.

— Sonderrollen: Ein Sonderfall ist die SP. Bei ihr haben Politikerinnen etwa gleich viel Sitze wie Politiker. In den Medien sind sie

dennoch untervertreten. Grund dafür seien ausserparlamentarische Sonderrollen: Alexander Tschäppät, früherer Berner Stadtpräsident, Paul Rechsteiner als Gewerkschaftsbund-Präsident und Cédric Wermuth als bekannter Ex-Juso-Präsident drückten die Präsenz der SP-Politiker nach oben und jene der Politikerinnen nach unten. «Entfernt man diese drei, ist der Unterschied auch bei der SP deutlich kleiner», so die Studie.

«Gesellschaftspolitisch gut»

«Wir sind alle mit gewissen Vorurteilen an die Arbeit gegangen», sagt Huddleston. Die Teammitglieder hätten deutliche Unterschiede erwartet. Die Resultate seien dann aber vergleichsweise unspektakulär ausgefallen. Aus gesellschaftlicher Sicht sei dies begrüssenswert, so Huddleston.

Es gibt eine weitere Studie der Universität Zürich zum Thema, die jedoch noch nicht abgeschlossen ist. Politologe Fabrizio Gilardi untersucht darin die Berichterstattung über Kandidatinnen in den eidgenössischen Wahlkämpfen 2015 und 2019. «Es

ist schwierig, systematische Geschlechterunterschiede in der Politikberichterstattung nachzuweisen», sagt Gilardi. Diesen Eindruck habe er während seiner Arbeit gewonnen. Es brauche wohl noch mehr und noch bessere Forschung. «Die beiden Studien sind methodisch anspruchsvoll und basieren auf hervorragenden Daten. Doch es gibt noch Verbesserungspotenzial.»

Doch wie kommt Eveline Widmer-Schlumpf zu ihrem Befund, bei dem sie sicher viele unterstützen würden? Gilardi sagt dazu: «Das Phänomen ist entweder weniger verbreitet als vermutet, eventuell ist es auf wenige prominente Politikerinnen beschränkt. Oder es drückt sich subtil aus, so, dass es mit den bestehenden Methoden schwer zu fassen ist.»

1,8 Millionen Artikel

Die Studie zur medialen Darstellung von Politikern und Politikerinnen entstand im Rahmen einer studentischen Arbeit unter Leitung des Wissenschaftlers Lucas Leemann vom Institut für Politikwissenschaften an der Universität Zürich. Leemann führt im Auftrag des Tamedia-Verlags, der unter anderem diese Zeitung herausgibt, regelmässig Umfragen zu Abstimmungsthemen durch. Die studentischen Analysearbeiten der Gender-Studie wurden vom Tamedia-Datenteam begleitet. Die eigentliche Analyse der insgesamt 1,8 Millionen deutsch-

sprachigen Artikel aus 80 Tageszeitungen, Magazinen und Wochentiteln führte die studentische Arbeitsgruppe in Eigenregie durch. Auf die Teilergebnisse einzelner Verlage hat Tamedia keinen Zugriff, sondern bloss auf die Gesamtergebnisse und auf jene, welche die eigenen Titel betreffen, zum Beispiel «Tages-Anzeiger», «Basler Zeitung», «Bund» oder «Berner Zeitung». Die vollständige Liste aller Titel und mehr Informationen sind abrufbar unter: <https://github.com/leemann/GendeReporting>. (bsk)

Glärner anerkennt, dass Blossstellung der Lehrerin ein schwerer Fehler war

Einigung Anfang Juni dominierte SVP-Nationalrat Andreas Glärner die Schlagzeilen: Er machte mit einem Facebook-Post eine junge Zürcher Primarschullehrerin zur Zielscheibe. Diese hatte in einem Elternbrief darauf hingewiesen, dass muslimische Kinder während des Fastenbrechens zu Hause bleiben könnten, ohne dafür einen JOKer einzusetzen. Glärner veröffentlichte die Telefonnummer der Lehrerin und versah die Nachricht mit dem Hinweis, man möge sie anrufen und ihr die

Meinung sagen. Nun ist klar: Der Vorfall von Anfang Juni hat keine weiteren rechtlichen Folgen. Auf Anfrage teilt die Zürcher CVP-Bildungsdirektorin Silvia Steiner mit, dass «zwischen der anwaltlich vertretenen Lehrerin und Herrn Glärner eine aussergerichtliche Einigung erzielt werden konnte». Glärner habe sich schriftlich und im persönlichen Gespräch «in aller Form entschuldigt». Er anerkenne, dass er mit der Blossstellung der Lehrerin einen schweren Fehler begangen habe. (sip/leu)

Die Zuneigung der SVP zur FDP im Appenzellerland ist einseitig

Wahlen Die SVP Appenzell Ausserrhoden unterstützt bei den kommenden Wahlen Ständerat Andrea Caroni von der FDP – dies obwohl die FDP mit der Nomination von Jennifer Abderhalden den SVP-Nationalrat David Zuberbühler konkurrenziert. Die Delegierten der SVP hätten sich in Gais klar für die Unterstützung Caronis ausgesprochen, teilte die Partei gestern mit. Ständerat Caroni und Nationalrat Zuberbühler bildeten in Bern ein gut funktionierendes Duo. Gleichzeitig übte die SVP harsche

Kritik an der FDP: Dass diese mit der Nomination von Abderhalden die Hand auch nach dem zweiten Ausserrhoder Sitz in Bern ausstrecke und sich dabei mit der SP verbünde, sei absolut nicht nachvollziehbar.

Der FDP werden gute Chancen zugetraut, der SVP den einzigen Ausserrhoder Nationalratsitz zu entreissen. Eine Zeit lang sah es so aus, als käme keine freisinnige Kandidatur zustande. Zum Ärger der SVP tritt FDP-Kandidatin Abderhalden nun doch an. (sda)

Die Post treibt ein neues System für E-Voting voran

Abstimmungen Die Post arbeitet weiter an ihrem E-Voting-System mit universeller Verifizierbarkeit. «Wir haben den Kantonen bereits eine Lösung vorgeschlagen», sagte Postchef Roberto Cirillo in einem gestern erschienenen Interview mit der Zeitung «La Liberté». «Wir sind dabei, die Regeln für die Prüfung dieses Systems mit den Kantonen und ihren Kanzleien zu definieren», so Cirillo. Die Kantone wollten eine schnelle Lösung. Die Schweizerische Post plant, das System den Kantonen ab

2020 für den Versuchsbetrieb zur Verfügung zu stellen. Das System, das vorher im Einsatz war, bietet die Post seit Juli nicht mehr an. Diesen Entschluss habe die Post nach einer sorgfältigen Analyse getroffen, hiess es damals.

In die Beurteilung sei der Entscheid des Bundesrates eingeflossen, E-Voting bis auf weiteres nicht als ordentlichen Stimmkanal einzuführen. Unter dieser Voraussetzung sei für die Post der Aufwand zu gross, zwei Systeme zu entwickeln und zu betreiben. (sda)